Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 11

Artikel: NW-Gespräch mit Ernst Ludwig Ehrlich : Israelkritik, selbst ungerechte, ist noch nicht Antisemitismus

Autor: Ehrlich, Ernst Ludwig

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143655

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Israelkritik, selbst ungerechte, ist noch nicht Antisemitismus

Das nachstehende Gespräch mit Ernst Ludwig Ehrlich ist unter dem Eindruck einer schwierig gewordenen Abgrenzung zwischen legitimer Israelkritik und «linkem Antisemitismus» entstanden. Unser Gesprächspartner ist seit 1958 Zentralsekretär der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz und seit 1961 Direktor des europäischen Distrikts des B'nai B'rith (Söhne des Bundes), der weltweit grössten jüdischen Organisation mit humanitärer Zielsetzung. Schon im Novemberheft 1988 haben wir Ernst Ludwig Ehrlich als sachlich argumentierenden und umfassend informierenden Gesprächspartner kennen und schätzen gelernt. Im Gegensatz zu andern jüdischen und auch christlichen Stimmen vermutet er nicht hinter jeder Israelkritik, und sei sie noch so scharf oder sogar ungerecht, schon Antisemitismus. Die Palästinafrage beantwortet unser Freund mit dem grossen Wort Martin Bubers, dass er über den israelischen Staat erst glücklich sein könne, wenn auch den Palästinensern und Palästinenserinnen Gerechtigkeit widerfahre. Das Gespräch für die Neuen Wege führte Willy Spieler, der auch die Tonbandnachschrift besorgte.

Red.

Wiederauflebender Antisemitismus in Ostmitteleuropa

NW: *Ernst Ludwig Ehrlich, schon einmal, vor genau drei Jahren hast Du Dich den Neuen Wegen für ein Gespräch zur Verfügung gestellt. Unmittelbarer Anlass für das damalige Gespräch war der 50. Jahrestag der Pogromnacht vom 8./9. November 1938. Inzwischen steht der 9. November noch für ein anderes Datum: den Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989. Es gibt Juden und Jüdinnen, die den Anschluss der DDR an die Bundesrepublik mit sehr gemischten Gefühlen wahrgenommen haben. Sowohl in der ehemaligen DDR als auch in andern ehemals «sozialistischen« Staaten Ostmitteleuropas macht sich ein neuer Antisemitismus bemerkbar, der solche Ängste zusätzlich schürt. Wie beurteilst Du die europäische Situation nach dem Zusammenbruch des sog. real existierenden Sozialismus?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Deine Frage ist deshalb so schwer zu beantworten, weil alle ehemals sozialistischen Staaten Ostmitteleuropas in einer je andern Situation sich befinden. Während es z.B. in der ehemaligen DDR und in Polen fast keine Juden gibt, leben in *Ungarn* etwa 100 000. Der Antisemitismus in Ungarn ist weitgehend unaufgearbeitet. Zu seiner Vergangenheit gehört die Zeit des Horthy-Regimes wie das Jahr 1944, als die Pfeilkreuzler-Horden Juden und Jüdinnen entweder selbst abschlachteten oder halfen, sie nach Auschwitz zu verbringen. Anders ist es in der *ehemaligen DDR*, wo es eine frustrierte Jugend gibt, von der man nicht weiss, wieviele tausend diesen fremdenfeindlichen Schlägergruppen angehören. Ich würde hier aber weniger von einem alten oder neuen Antisemitismus reden, sondern eher von sozialer Frustration. In *Polen* ist die Situation so, dass die katholische Kirche seit den letzten anderthalb Jahren grosse Anstrengungen unternimmt, den sicher vorhandenen alten und neuen Antisemitismus zu bekämpfen. Die polnische Bischofskonfernz hat darüber ein sehr gutes Papier erarbeitet und eine Kommission eingesetzt, die sich mit diesen Fragen wirkungsvoll beschäftigt.

Was nun die *deutsche Einheit* anbetrifft, sehe ich im Grunde keine neuen Probleme für die Juden. Es spielt keine Rolle, ob die deutsche Bevölkerung nun 60, 70 oder 80 Millionen Menschen umfasst. Die Bundesrepublik Deutschland war immer ein sehr wichtiger Staat innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Ein Problem könnte in ab-

sehbarer Zeit auftauchen, es dürfte aber konstruktiv gelöst werden: Von den aus der Sowjetunion auswandernden Juden werden einige tausend auch nach der Bundesrepublik emigrieren, sodass sich die jüdische Bevölkerung in Deutschland einmal möglicherweise von jetzt 30 000 auf etwa 50 000 vermehren könnte.

NW: Es ist ja auch nicht so, dass es im «real existierenden Sozialismus» keinen Antisemitismus gegeben hätte.

Ernst Ludwig Ehrlich: Es hat hier immer Antisemitismus gegeben, nur wurde er entweder staatlich unterdrückt oder aber staatlich gefördert und instrumentalisiert, wie insbesondere in der *Tschechoslowakei* der 50er Jahre. Man hat hier den Hahn aufgedreht und wieder zugedreht. Das Problem ist jetzt Ungarn, wo Juden im öffentlichen Leben sichtbar sind und eine gewisse Rolle spielen. Dieses Land muss erst noch lernen, in einer pluralistischen Demokratie zu leben, wo auch Andersdenkende ihre politische Position vertreten können.

NW: Bekämpft die katholische Kirche Ungarns den Antisemitismus genauso aktiv wie die polnische?

Ernst Ludwig Ehrlich: Nein, die ungarische Kirche hat das Zweite Vatikanische Konzil noch nicht rezipiert. Sie hatte sich auch in ganz anderer Weise mit dem kommunistischen Staat arrangiert als die polnische Kirche, sodass hier der Entwicklungsprozess zu einer nachkonziliaren Kirche noch bevorsteht. Nebst einigen neuernannten, hervorragenden Bischöfen gibt es in der Hierarchie immer noch Leute von gestern und vorgestern. Polen ist dabei, jedenfalls was die Juden angeht, das Konzil nachzuholen. Sie haben unter Bischof Muczysnski ein wirkungsvolles Komitee gegründet, das im Land selbst Autorität geniesst und von dem ich mir viel erhoffe.

Israel am selben Massstab messen wie andere Staaten

NW: Der Grund, weshalb wir zum heutigen NW-Gespräch zusammenkommen, liegt im Antisemitismusvorwurf, dem Kritik an der israelischen Aussen- und Innenpolitik immer mehr begegnet. Auf viele Linke, vor allem auch linke Christinnen und Christen, wirkt dieser Vorwurf wie eine Einschüchterung, die sie daran hindert, sich überhaupt mit der Rolle Israels, genauer der israelischen Regierung im Nahostkonflikt auseinanderzusetzen. Es gibt kritische Jüdinnen und Juden, die Israels Politik mit grosser Vehemenz kritisieren, aber sofort misstrauisch werden, wenn dieselbe Kritik von anderer, z.B. christlicher Seite kommt.

Ernst Ludwig Ehrlich: Ich gehe davon aus, dass Kritik an der israelischen Politik genauso erlaubt sein muss wie Kritik an jeder Regierung dieser Welt. Und wer Massnahmen der israelischen Regierung kritisiert, ist deswegen natürlich noch kein Antisemit. Freilich habe ich ein ungutes Gefühl, wenn die israelische Regierung anders und schärfer kritisiert wird als andere Regierungen, wenn z.B. Polizeimassnahmen in Israel von den Medien anders beurteilt werden als derartige Massnahmen in andern Ländern. Israel mag für sich selbst moralische Ansprüche stellen und die Messlatte dabei hoch ansetzen. Wir andern haben jedoch nicht das Recht, Israel nach andern Massstäben zu beurteilen als andere Staaten. Ich gebe ein ganz konkretes Beispiel: Es interessiert im Grunde niemanden wirklich, dass sich Syrien den Libanon faktisch als Protektorat einverleibt hat. Wenn aber irgendwelche unerfreulichen Ereignisse in Israel stattfinden, ist das dem Fernsehen oder der Presse einen teilweise recht bissigen Kommentar wert.

Dazu kommt etwas anderes: Es ist für uns alle, und ich schliesse mich da mit ein, überhaupt nicht leicht, Ereignisse aus dieser Entfernung adäquat zu beurteilen. Und deshalb sollte unsere *Kritik äusserst zurückhaltend* sein, weil unser Wissen über viele Dinge gerade in bezug auf Israel nur fragmentarisch ist.

NW: Aber wir dürfen uns ja auch nicht einfach auf Nichtwissen berufen, um keine Stellung nehmen zu müssen. Vielmehr sollten wir unsere Stellungnahmen auf seriöse Informationen abstützen und unser Wissen erweitern können. Um solche Stellungnahmen kommen wir umso weniger herum, als

wir gerade auch von palästinensischer Seite um Solidarität gebeten werden. Kürzlich war z.B. Sumaya Farhat-Naser Partnerin eines NW-Gesprächs (vgl. NW 1991, S. 112ff.), in dem sie uns aufgefordert hat, für die Menschenrechte der Palästinenser und Palästinenserinnen in den von Israel besetzten Gebieten einzutreten. Wir kommen also nicht darum herum, uns über die israelische Politik ein eigenes Bild zu machen.

Ernst Ludwig Ehrlich: Ich habe Frau Naser vor einem Jahr auf dem Katholikentag in Berlin kennengelernt und schätze sie sehr. Wir haben miteinander viel Zeit verbracht und uns hervorragend verstanden. Wenn es nur Menschen ihrer politischen Haltung gäbe, wäre das Palästinenserproblem schon vor zehn Jahren befriedigend gelöst worden. Mit ihr hat unsereins kein Problem, weil wir beide das gleiche wollen: einen Frieden in Gerechtigkeit und in Würde. Aber so wichtig diese Gespräche sind, noch wichtiger ist unser *Augenschein vor Ort.* Man muss mit den Menschen dort reden. Ihre Situation lässt sich nicht allein anhand der Berichterstattung in den Medien beurteilen.

Gibt es einen linken Antisemitismus?

NW: *Ein weiteres Problem ist, dass wir über Israel nicht so unbefangen sprechen können wie über irgendeinen andern Staat. Es lastet auf uns nicht dieselbe geschichtliche Hypothek, wenn wir z.B. über Irland sprechen (leider tun wir es zu wenig), wo ebenfalls schlimmste Menschenrechtsverletzungen vorkommen. Ich kenne eine wachsende Anzahl linker Leute, vor allem sozialistischer Christinnen und Christen, die sich scheuen, Israel zu kritisieren, weil sie durch den latenten Vorwurf des Antisemitismus wie gelähmt und eingeschüchtert sind.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Dafür habe ich grosses Verständnis, weil die Israelkritik gelegentlich überbordet und damit in die Nähe des Antisemitismus gerät. Von daher kann ich verstehen, dass es anständige Menschen gibt, die meinen, sie sollten sich über Israel am besten gar nicht mehr äussern. Andererseits gehört das ganze Nahostproblem zu unserer politischen Landschaft. Die Frage ist, wie wir damit umgehen. Hier scheint mir, dass wir alle einen *Lernprozess* durchzumachen haben: das jüdische Establishment, dass es nicht alles grundsätzlich bejaht, was in Israel geschieht, die kritischen Juden und Jüdinnen, dass sie nicht meinen, weil sie Linke seien, müssten sie die andern Linken noch an Kritik übertreffen, um von ihnen akzeptiert zu werden. Man muss in Gesprächen und durch eigene Anschauung versuchen, ein möglichst objektives und distanziertes Verhältnis zu dieser Problematik zu bekommen, obwohl ich genau wie Du weiss, dass hier Emotionen eine Rolle spielen, die wir nicht einfach abstellen können.

NW: *Das geht aber oft soweit, dass auch kritische Juden und Jüdinnen, dieselbe Kritik, die sie selbst an Israel üben, nicht akzeptieren, wenn sie von unserer Seite kommt.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Diese Frage kann man auch gegenüber Schweizern stellen, die sehr betroffen sind, wenn ihnen Deutsche, ausgerechnet Deutsche, die *schweizerische Flüchtlingspolitik* von 1938 bis 1945 vorwerfen. Innerschweizerisch ist diese Problematik vor allem durch den Bericht Ludwig und die Arbeiten von Edgar Bonjour seriös und unapologetisch aufgearbeitet worden. Häslers Buch «Das Boot ist voll» wurde sogar ein Bestseller. Aber wenn dieselbe Kritik von Deutschland her kommt und den Schweizern gesagt wird, dass auch sie Skelette im Keller haben, werden die Schweizer sehr empfindlich.

Ich möchte dem hinzufügen, dass man in jedem einzelnen Fall von Israelkritik sehr genau hinschauen muss. Ich setze Israelkritik ganz gewiss nicht gleich mit irgendeiner Form von Antisemitismus. Aber ich schliesse nicht aus, das in einzelnen Fällen *Antizionismus* auch als *Tarnung für Antisemitismus* dient. Auch das kommt vor, insbesondere in rechtsradikalen Publikationen.

NW: *Was mich mehr berührt, ist der Vorwurf des linken Antisemitismus. Denn Sozialismus und Antisemitismus sind für mich zwei Begriffe, die sich ausschliessen.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Ja, und ich meine, dass Israelkritik von linker Seite zwar im einzelnen Fall sehr ungerecht und unzutreffend sein kann, aber trotzdem nicht aus einer

antisemititischen Ideologie heraus erfolgen muss.

«Enttäuschte Liebe» zu Israel?

NW: *Es gibt aber auch eine Israelkritik, die so etwas wie eine «enttäuschte Liebe» widerspiegelt. Dann heisst es jeweils, dass dieser Philosemitismus eine besonders raffinierte Form von Antisemitismus sei. Ist das nicht kurzschlüssig gedacht? Gibt es nicht gute Gründe, auf Fehlentwicklungen eines Landes um so kritischer zu reagieren, je näher wir diesem Land stehen? Beobachten wir ähnliche Verhaltensmuster an uns selbst nicht auch, wenn wir auf Fehlentwicklungen in Kirchen oder Parteien reagieren, denen wir uns besonders verbunden fühlen?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Nach der Gründung des Staates Israel hatten viele Sozialisten und Sozialistinnen, vielleicht sogar vor allem sozialistische Christen und Christinnen, gemeint, in diesem Staat würde sich endlich die *Botschaft der Propheten* der hebräischen Bibel verwirklichen, und die Kibbuzim auf sozialistischer Grundlage seien ein erstes Zeichen für diese Verwirklichung. Das hat sich in der Folge als ein Irrtum herausgestellt, da der Staat Israel genau wie andere Staaten Fehlentwicklungen unterworfen ist. Es mag sein, dass daher Sozialisten und Sozialistinnen besonders enttäuscht sind, wenn sich in Israel der von ihnen erhoffte Idealstaat nicht einstellt, sondern dass Israel sich in vieler Beziehung genauso oder ähnlich verhält wie andere Staaten auch.

Bei der Entwicklung Israels müssen wir ausserdem berücksichtigen, dass dieser Staat nicht einen einzigen Tag seiner Existenz ohne *äussere Bedrohung* gewesen ist. Vom ersten Tag seiner Ausrufung an im Jahr 1948 wurde er mit Krieg seitens arabischer Staaten überzogen und immer und immer wieder ist es zu kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen, sodass Entwicklungen, die wir uns von diesem Staat erhofft haben, überhaupt nicht erfolgen konnten, weil er seine materiellen Mittel für die Verteidigung einsetzen musste.

Wir mögen das alles bedauern, da wir jedoch die Existenzberechtigung Israels bejahen, stehen wir hier vor dem ganz schwierigen Problem, dass dieser Staat Israel durch die ihn umgebende arabische Welt nicht anerkannt wird, dass sich bisher weder Syrien noch Jordanien mit Israel an den Verhandlungstisch setzten, unabhängig davon, was mit dem palästinensischen Volk geschieht. Es hat keinen Sinn, die Tatsache zu verschweigen, dass das Schicksal der Palästinenser und Palästinenserinnen uns nicht gleichgültig lässt, den andern arabischen Staaten aber total gleichgültig ist, dass sie die palästinensische Bevölkerung manipulieren und als Vorwand benutzen. Wenn die arabischen Staaten endlich zu einem *Frieden mit Israel* bereit wären, könnte das palästinensische Problem auf eine vernünftige Weise gelöst werden. Ein friedliches Anerbieten arabischer Staaten würde eine derartige Eigendynamik entwickeln, dass selbst eine Regierung Schamir zu Konzessionen gezwungen wäre oder abtreten müsste.

NW: *Ich frage mich, wie Leonhard Ragaz auf Israels Landnahme und Besatzungspolitik reagieren würde. Ragaz hat ja das jüdische Volk davor gewarnt, zu werden wie andere Völker und sich einen Staat zu geben. Er dachte so gross vom jüdischen Volk, dass er heute wohl auch des Philosemitismus verdächtigt würde. Ragaz verlangte – wie schon sein Freund Martin Buber – für die Jüdinnen und Juden in Palästina keinen Staat, sondern eine Heimstätte. Natürlich ist die Entwicklung über die Utopie einer friedlichen, ohne staatliche Zwangsmittel zu schützenden Heimstätte hinweggegangen. Aber ich vermute, dass Ragaz von der Politik der heutigen israelischen Regierung ähnlich enttäuscht wäre wie zu seiner Zeit vom – inzwischen endgültig gescheiterten – Versuch, Sozialismus auf Gewalt aufzubauen.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Da *Leonhard Ragaz* schon im Jahr 1945 gestorben ist, hat er die spätere Entwicklung nicht mehr erleben können. Sein 1965 gestorbener Freund *Martin Buber* hat Israel auch nicht mehr nur als eine Heimstätte angesehen, sondern klar und deutlich bekannt, dass er diesen Staat akzeptiert, wenngleich er ihn sich gegenüber den Arabern anders wünschte, als er zu Lebzeiten Bubers gewesen ist. Buber ist vor allem für die Gleichbehandlung der Araber im Staate Israel eingetreten und sein diesbezügliches Erziehungsmodell wirkt bis zum

heutigen Tage am Martin-Buber-Institut der Universität nach.

Was die Stellung der arabischen Bevölkerung im Staate Israel angeht, so war man auf einem guten Wege, ist dann aber leider durch die *Intifada* zurückgeworfen worden. Grundsätzlich bin ich in dieser Frage optimistisch. Die Araber in Israel haben hier ihre Heimat. Und sie hatten bis vor zwei, drei Jahren nicht nur einen höheren Lebensstandard erreicht als in vielen arabischen Ländern, sondern sie waren auch auf dem Wege des sozialen Aufstiegs, was man z.B. an der Zahl der arabischen Studierenden an israelischen Universitäten messen konnte.

Die Intifada als Aufschrei eines unterdrückten Volkes

NW: *Du sagst jetzt, die Intifada habe diesen Entwicklungsprozess gestört. Aber die Intifada hatte ihre Ursache doch gerade in der israelischen Besatzungspolitik. Im NW-Gespräch vor drei Jahren hast Du mir gesagt, diese Besatzungspolitik könne so nicht weitergehen. Sie ist jedoch weitergegangen und erst noch schlimmer geworden.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Warum die Intifada ausgebrochen ist, versteht jeder von uns. Sie war kein von der PLO organisierter Aufstand, sondern der Aufschrei eines unterdrückten Volkes. Die PLO ist selbst von der Intifada überrascht worden und dann auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Inzwischen haben die Palästinenser aber erkannt, dass die Intifada kein Weg ist, der zum Ziel führt. Darum wollen sie nun die Israelis an den *Verhandlungstisch* zwingen.

Mir scheint, dass es im Westjordanland und in Gaza genug palästinensische Eliten gibt, die mit den Israelis Gespräche führen könnten. Man braucht dazu niemanden aus dem PLO-Hauptquartier in Tunis, wobei es den Israelis eigentlich nicht zusteht, selber auszuwählen, mit wem sie an einen Tisch sitzen wollen. In den letzten Monaten hat man erfreulicherweise erkannt, dass sich nur mit einem Dialog in Würde und Ernst etwas für die palästinensische Bevölkerung erreichen liesse. Das Kapitel Intifada ist im wesentlichen abgeschlossen. Als ein Mittel zum Zweck ist die Intifada gescheitert. Noch so gutwillige Palästinenser und Palästinenserinnen werden nichts erreichen können, wenn es nicht gelingt, die arabischen Staaten, also vor allem Syrien und Jordanien, ebenfalls an den Verhandlungstisch zu bringen, um mit Israel einen *Friedensvertrag* zu schliessen, wie das in Camp David mit Ägypten erfolgt ist.

Auf israelischer, aber auch auf amerikanischer Seite herrscht heute eine gewisse Enttäuschung über *Saudiarabien*, das während des Golfkrieges zu signalisieren schien, dass es andere arabische Staaten zum Frieden mit Israel ermuntern würde. Zu unserem Leidwesen hat Saudiarabien sich bisher noch nicht in diese Richtung bewegt. So wesentlich gleichberechtigte Gespräche zwischen Palästinensern und Israelis sind, so wenig erfolgreich können diese Gespräche jedoch sein, wenn nicht gleichzeitig ein Frieden mit den umliegenden arabischen Staaten angestrebt wird.

Genau das muss das Ziel der *USA* und der *Sowjetunion* sein. Hier liegt unsere grosse Hoffnung. Die Sowjetunion war bislang der grosse Störenfried, wenn eine Pax Americana angestrebt wurde. Das war einerseits höchst bedauerlich, anderseits weltpolitisch nicht unverständlich. Heute aber ist die Zeit reif, dass Sowjetunion und USA miteinander eine Friedensoffensive starten, der sich niemand entziehen kann, zumal Syrien die militärische Unterstützung durch die Sowjetunion verloren hat und auf diese Weise politisch isoliert ist.

Für einen palästinensischen Staat im Rahmen einer «BENELUX- Lösung»

NW: *Wie stelltst Du Dir diesen Frieden vor? Wäre das Prinzip «Land für Frieden», also Rückzug aus den besetzten Gebieten, eine taugliche Grundlage?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Ich stelle mir vor, dass gleichzeitig Verhandlungen einerseits zwischen Israel und den Palästinensern und andererseits zwischen Israel und den arabischen Staaten stattfinden. Leider ist gerade nach der Intifada eine rasche politische Lösung nicht in Sicht. Auch Camp David hatte einen zehnjährigen Prozess vorgesehen. Die *inneren Schwierigkeiten bei den Palästinensern* sind auch durch das Besatzungsregime immer mehr verschärft worden. Es ist leider

so, dass an die Stelle einer anfangs politisch motivierten Intifada ein Räuber- und Mörderunwesen getreten ist, das sich vor allem gegen andere Palästinenser richtet. Es handelt sich nicht mehr nur um politisch motivierte Untaten, sondern um Kriminalität, die von den Palästinensern nicht mehr gesteuert werden kann. Daher wird eine Lösung nur in sehr kleinen Schritten stattfinden.

Am Ende sollte so etwas stehen wie ein palästinensischer Staat, der mit Jordanien und Israel eine Wirtschaftsgemeinschaft bildet. Mein Ziel für diese Region ist eine «BENELUX-Lösung», die aber eines langwierigen politischen Lernprozesses bedarf. Es steht mir nicht zu, darüber zu urteilen, ob dieser Lernprozess bei den Palästinensern bereits begonnen hat. Sicher weiss ich, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung einen Frieden in Sicherheit wünscht und dass dafür selbstverständlich auch *Landabtretungen* an die Palästinenser eine Notwendigkeit sind.

NW: *Gibt es hier nicht auch zusätzliche Schwierigkeiten durch die massenweise Übersiedlung sowjetischer Jüdinnen und Juden nach Israel.*

Ernst Ludwig Ehrlich: Wenn wir die Zahl von etwa 100 000 israelischen Juden in den besetzten Gebieten annehmen, so handelt es sich dabei maximal um 35 000 ideologisch ausgerichtete Juden, die dorthin gesiedelt sind, weil sie kein Land zurückgeben wollen. Die restlichen 65 000 sind Pendler, die auswärts arbeiten und dorthin gezogen sind, weil sie eine billige Wohnung bekamen. Die *sowjetischen Juden* weigern sich in ihrer Mehrheit, in den besetzten Gebieten zu siedeln, weil sie befürchten, dass sie dort einmal fort müssten. Das gibt neue Schwierigkeiten, denn 200 000 Menschen im Jahr bringt man nicht ohne weiteres unter. Aber ich bin recht optimistisch, dass Israel in den nichtbesetzten Gebieten Raum für diese Menschen finden wird.

NW: *Ernst Ludwig Ehrlich, Du verstehst Dich als religiösen Sozialisten, auch als «Ragazzianer». Der Religiöse Sozialismus, der in der Vergangenheit sehr viel zur jüdisch-christlichen Ökumene beigetragen hat, scheint in der heutigen Zeit nicht in der Lage zu sein, ein Wort zu den in unserem Gespräch aufgeworfenen, uns alle bedrängenden Fragen zu sagen. Was muss, was könnte anders werden?*

Ernst Ludwig Ehrlich: Ich sehe das eigentlich nicht so. Ich meine, wir können aus dem jüdisch-christlichen Dialog das Problem der Israelis und der Palästinenser nicht ausklammern. Die *Christlich-Jüdische Arbeitsgemeinschaft* in der Schweiz hat bereits drei Studienreisen unternommen, um dieses Problem zu studieren.

Wenn von religiös-sozialistischer Seite noch nichts in der Weise erfolgt ist, so nicht etwa, weil wir nicht miteinander reden wollen und uns nicht überlegen wollen, in welcher Weise wir gerade von unserer Weltanschauung her miteinander weiterkommen könnten. Wir haben in der Christlich-Jüdischen Arbeitsgemeinschaft beschlossen, in der Person von Rosmarie Kurz den *Christlichen Friedensdienst* in unseren Dialog einzubeziehen. Der CFD ist ja sehr auf palästinensischer Seite engagiert, ohne das Lebensrecht des Staates Israel in irgendeiner Weise in Frage zu stellen. Wir hoffen, dass es uns gelingt, gerade auch mit Kreisen des Religiösen Sozialismus über den Nahostkonflikt in einen Dialog zu treten, wie wir ihn jetzt in schöner Weise mit den verschiedenen Konfessionen führen.

Für mich gilt nach wie vor das Wort Martin Bubers: Glücklich über den Staat Israel kann ich erst sein, wenn ich weiss, dass auch den Palästinensern Gerechtigkeit widerfährt.

NW: *Lutz Ehrlich, ich danke Dir für dieses redliche Gespräch, das sicher in der einen oder andern Form seine Fortsetzung finden wird.*

■